



Vorlage Nr. 24-O-03-0010

Tagesordnungspunkt 5

der öffentlichen Sitzung des Ortsbeirates des Ortsbezirkes Wiesbaden Rheingauviertel/Hollerborn am 2. Mai 2024

Bericht zur Parkraumüberwachung (Linke)

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

Der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden wird gebeten, die durch das Amt 34 im ersten Quartal 2024, umgesetzten Parkraumüberwachungsmaßnahmen zu übermitteln. Hierbei wird um die Beantwortung der nachfolgenden Fragen gebeten:

- An wie vielen Tagen fanden Parkraumüberwachungsmaßnahmen im hiesigen Ortsbezirk statt?
- Wie viel Personal ist vor Ort eingesetzt gewesen, wie viele Arbeitsstunden wurden erbracht?
- Wie viele Ordnungswidrigkeitsanzeigen wurden gefertigt?
- In welcher Höhe wurden Bußgelder verhängt?
- Wie viele Fahrzeuge wurden abgeschleppt?

Der Ortsbeirat Rheingauviertel/Hollerborn ersucht den Magistrat darüber hinaus, diesem Gremium eine halbjährliche Dokumentation zukommen zu lassen.

Begründung:

Dem Ortsbeirat Rheingauviertel/Hollerborn ist bewusst, dass die Beschäftigten des Amts 34 hoch spezialisiert sind und eine Vielzahl von Aufgabengebieten abdecken müssen. Jedoch werden an das hiesige Gremium fortwährend erhebliche Beschwerden über verkehrswidriges "Beparken" des öffentlichen Raums herangetragen, häufig mit der Folge der Behinderung und Gefährdung anderer Verkehrsteilnehmer.

In vielen Fällen ist darüber hinaus die unverzügliche Durchfahrt von Einsatzfahrzeugen im Einsatzfall nicht mehr gewährleistet. Die Bürgerinnen und Bürger unseres Ortsbezirks beschweren sich zudem fortwährend über einen quasi nicht vorhandenen Kontroll- und Sanktionsdruck, eine flächendeckende Parkraumüberwachung findet faktisch nicht statt. Die Mitglieder des Ortsbeirats schließen sich den allgemeinen Beschwerden an und erhoffen sich durch die Beantwortung der o.g. Fragen eine transparente und nachvollziehbare Darstellung der Arbeit im Bereich der Parkraumüberwachung. Hierdurch lässt sich auch die Wertigkeit der Parkraumüberwachung gegenüber den anderen Einsatzbereichen des Amts 34 einordnen und beziffern. Wir sind der Auffassung, dass eine Präsenz und ein Kontrolldruck im Bereich des rechtswidrigen Parkens eine Kernaufgabe der Stadtpolizei ist und von den Bürger*innen vor Ort eingefordert werden darf.

Beschluss Nr. 0031

Antrag der Fraktion DIE LINKE antragsgemäß beschlossen.

+

+

Verteiler:

Dezernat V z. w. V.

Rhiemeier
Ortsvorsteherin

Protokollnotiz der CDU-Fraktion:

Die CDU verwehrt sich gegen die Begründung des Antrags.